

No. **96** 2014

Markus TAUBE

**Grundzüge der
wirtschaftlichen Entwicklung und
ihre ordnungspolitischen Leitbilder
in der VR China seit 1949**



Title:

Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung und ihre ordnungspolitischen Leitbilder in der VR China seit 1949

Author:

Markus Taube

Prof. Dr. Markus Taube ist Inhaber des Lehrstuhls Ostasienwirtschaft/China am Institut für Ostasienwissenschaften bzw. der Mercator School of Management/Fakultät für Betriebswirtschaft an der Universität Duisburg-Essen

E-mail: markus.taube@uni-due.de

Series:

Duisburg Working Papers on East Asian Studies / Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften
No. 96/2014

Printed version: ISSN 1865-8571

Internet version: ISSN 1865-858X

Abstract:

This paper discusses the major patterns of economic development and growth in the Chinese economy since the foundation of the PR China. In this context it highlights the institutional foundations and economic policy guidelines adhered to during various development periods. The paper deals with respective developments during China's central planning period, the "economic miracle" era as well as contemporary challenges to continued growth and development.

Zusammenfassung:

Der Beitrag zeichnet die zentralen Entwicklungs- und Wachstumslinien der chinesischen Volkswirtschaft seit Gründung der VR China nach und stellt die in verschiedenen Perioden verfolgten ordnungspolitisch-institutionellen Leitbilder dar. Die Darstellung geht explizit auf die entsprechenden Entwicklungen im Rahmen der chinesischen Zentralverwaltungswirtschaft, der „Wirtschaftswunderjahre“ und der aktuellen Herausforderungen an eine Fortführung des Wachstumsprozesses ein.

Keywords:

economic development, growth, institutions, economic systems, economic/regulatory policy

Schlagwörter:

Wirtschaftliche Entwicklung, Wachstum, Institutionen, Wirtschaftssysteme, Ordnungspolitik

Procurement / Bezug:

You may download this paper as a PDF document under /
Als Download ist das Papier zu beziehen als PDF-Dokument unter:

<http://www.in-east.de/> → Publications → Green Series

Libraries, and in exceptional cases individuals, may order hard copies of the paper free of charge at /
Bibliotheken, und in Ausnahmefällen auch Privatpersonen, können das gedruckte Papier kostenfrei
bestellen bei der

Universität Duisburg-Essen
Institut für Ostasienwissenschaften, Koordinationsstelle
Forsthausweg
47057 Duisburg

Institut für Ostasienwissenschaften / Institute of East Asian Studies

Universität Duisburg-Essen

Campus Duisburg

Forsthausweg

47057 Duisburg, Germany

Tel.: +49 203 379-4191

Fax: +49 203 379-4157

E-mail: in-east@uni-due.de

ISSN 1865-8571 (Printed version)

ISSN 1865-858X (Internet version)

© by the author

January 2014

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung	7
2	Ökonomische Entwicklung und ordnungspolitische Leitbilder in der maoistisch geprägten Ära, 1949–1978	7
2.1	Wiederaufbau und Neustart, 1949–1952	8
2.2	Einstieg in die Planwirtschaft, 1953–1957	9
2.3	Der Große Sprung nach Vorne, 1958–1961/2.	10
2.4	Konsolidierung und Reform, 1962/3–1964/5	12
2.5	Dritte-Front-Strategie und Kulturrevolution, 1964–1976.	12
2.6	Das Hua-Guofeng-Interregnum, 1976–1978	14
3	Marktwirtschaftliche Transformation und ökonomische Entwicklung ab 1978	15
3.1	Ökonomische Wachstums- und Entwicklungsdynamik	16
3.2	Grundprinzipien des chinesischen Wegs vom Plan zum Markt	18
3.3	Reintegration der Weltwirtschaft in das chinesische Entwicklungsmodell	19
3.4	Produktivitätssteigernde Strukturverschiebungen	20
3.5	Aktuelle Herausforderungen fortgesetzter wirtschaftlicher Entwicklung	21
4	Sechs Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung und ordnungspolitischen Wandels in der VR China	24
	Weiterführende Literatur	25

1 Einführung

Seit ihrer Gründung im Jahr 1949 hat die VR China¹ einen komplizierten Prozess wirtschaftlicher Entwicklung durchlaufen, der von radikalen ideologischen wie ordnungspolitischen Paradigmenwechseln und ökonomischen Strukturbrüchen gekennzeichnet war. In z. T. rascher Folge standen unterschiedliche entwicklungspolitische Strategien, Industriesektoren und Regionen im Zentrum der wirtschaftspolitischen Arbeit. Zudem hat sich das Verhältnis zwischen Staat und Unternehmen in dieser Periode mehrfach grundlegend verändert. Infolge dessen stellt sich der ökonomische Entwicklungsprozess der VR China während der vergangenen gut 60 Jahre über weite Strecken hinweg nicht als eine in sich schlüssige Sequenz von Entwicklungsschritten dar, sondern erweckt vielmehr den Eindruck einer erratischen Abfolge von Experimenten.

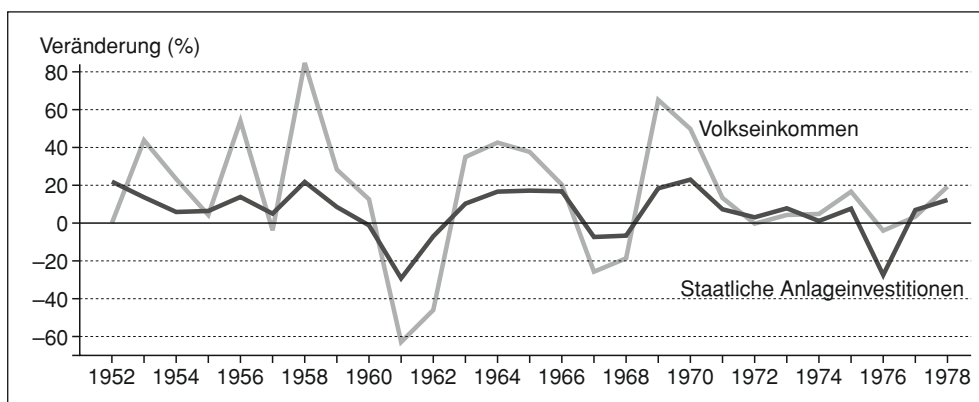
Vor diesem Hintergrund sollen im Folgenden die wichtigsten ökonomischen Entwicklungsphasen und die diesen zugrundeliegenden ordnungspolitischen Leitbilder seit der Gründung der VR China skizziert werden. Die Ausführungen strukturieren sich nach zwei Perioden, die grundlegend unterschiedlichen polit-ökonomischen Leitbildern gefolgt sind: (i) der Phase zwischen 1949 und 1978, während derer die Volkswirtschaft nach zentralverwaltungswirtschaftlichen Prinzipien geordnet und ihre Entfaltung ideologischen Zielsetzungen wie etwa dem Klassenkampf untergeordnet war; und (ii) der Ende 1978 einsetzenden Reform- und Transformationsära, während derer die Volkswirtschaft immer stärker an marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet worden ist.

2 Ökonomische Entwicklung und ordnungspolitische Leitbilder in der maoistisch geprägten Ära, 1949–1978

Mit der Ausrufung der VR China als neuem Staat begann im Oktober 1949 in China eine Periode umfassender Neuorientierung und Umgestaltung, die alle Lebensbereiche erfasste und dabei gerade auch an der Ordnung der Wirtschaft als einem zentralen Gestaltungsparameter ansetzte. Dem marxistisch-leninistischen Postulat folgend, dass die „Ausbeutung“ großer Gesellschaftsgruppen durch eine kleine herrschende Klasse nur durch eine zentralstaatliche Steuerung der Volkswirtschaft überwunden werden könne, wurde in der VR China eine Zentralverwaltungswirtschaft errichtet, die sich zunächst stark an dem Vorbild der UdSSR ausrichtete, dann aber sehr schnell einen eigenständigen Charakter annahm.

Diese Periode ist durch außerordentlich starke Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität gekennzeichnet (Abb. 1). Während im Zeitraum von 1952 bis 1978 insgesamt zwar eine moderate Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Leistungserbringung realisiert wurde, mussten in einzelnen Jahren dramatische Einbrüche hingenommen werden.

Abb. 1: Wachstumsraten von Volkseinkommen und staatlichen Anlageinvestitionen, 1952–1978



Daten: Guojia tongji ju [National Bureau of Statistics]: 1949–1984 Guanghai de sanshiwu nian [1949–1984 Glorreiche fünfunddreißig Jahre]. Beijing 1984. Eigene Darstellung.

¹ Im Folgenden auch vereinfachend kurz „China“ bzw. „chinesisch“. Alle Angaben beziehen sich auf „Festland-China“ exklusive der Sonderverwaltungsregionen Hongkong und Macao sowie Taiwans.

Dieser aus Abb. 1 ersichtliche hochvolatile Wachstumsprozess sowie die Ausgestaltung der chinesischen Zentralverwaltungswirtschaft und ihre Befähigung zur institutionellen Fundierung und Stimulierung ökonomischer Entwicklung soll im weiteren Verlauf dieses Kapitels näher erörtert werden. Die Ausführungen folgen weder der Abfolge der einzelnen Fünfjahrespläne² noch der Kette von Wachstumszyklen (*boom-and-bust*-Zyklen), die während dieses Zeitraums zu verzeichnen waren.³ Stattdessen gliedern sie sich gemäß einzelner Perioden, die unter spezifischen polit-ökonomischen Leitbildern standen und innerhalb derer die staatliche Steuerung der ökonomischen Entwicklung des Landes jeweils besonderen Zielsetzungen folgte.

Volkseinkommen („*guomin shouru*“)

Das Statistikwesen der VR China basierte in den ersten drei Jahrzehnten der Existenz der Volksrepublik auf dem marxistischen Material-Produktionssystem („*wuzhi chanpin pingheng tixi*“) und wurde erst im Laufe der 1980er Jahre durch „westliche“ Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ersetzt. Das Volkseinkommen (im Englischen „*net material product*“) unterscheidet sich vom Brutto-Inlandsprodukt (BIP) in erster Linie dadurch, dass eine Abschreibung des Kapitalstocks nicht erfolgt und weite Teile des Dienstleistungssektors, wie z. B. der Wohnungsbau, Personentransport, Einzelhandel, Gesundheits- und Ausbildungssektor, die Finanzdienstleistungen etc., nicht erfasst werden.

2.1 Wiederaufbau und Neustart, 1949–1952

In Hinblick auf die bestehenden ökonomischen Strukturen hätte die Ausgangsbasis für die VR China im Jahr 1949 kaum schlechter ausfallen können. Große Teile des industriellen Kapitalstocks und der Infrastruktureinrichtungen des Landes waren durch die Kriegshandlungen der vergangenen Jahre verwüstet worden. Die unter japanischer Besetzung errichteten modernen Industrieanlagen waren zum größten Teil seitens der Sowjetunion als Kriegsreparaturen abmontiert und in die UdSSR verbracht worden. Die Landwirtschaft, aus der 80 % der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt bezogen, war geprägt von arbeitsintensiven Anbaumethoden mit geringer und aufgrund der Bevölkerungsentwicklung weiter sinkender Arbeitsproduktivität. Das Geldsystem hatte aufgrund grassierender Inflation und miteinander nicht verbundener innerchinesischer Währungsräume seine Funktionalität weitgehend verloren. Zentrale Institutionen der Wirtschaftspolitik wie z. B. eine statistische Erfassung der ökonomischen Tätigkeit,

2 Eine derartige Periodisierung würde sich wie folgt darstellen:

Wiederaufbauphase	(1949–1952)
1. Fünfjahresplan	(1953–1957)
2. Fünfjahresplan	(1958–1962)
Konsolidierungsphase	(1963–1965)
3. Fünfjahresplan	(1966–1970)
4. Fünfjahresplan	(1971–1975)
5. Fünfjahresplan	(1976–1980)

Eine an diesem Schema ausgerichtete, sehr detaillierte Darstellung der ökonomischen Entwicklung in China bieten: Kraus, Willy: *Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China*. Berlin/Heidelberg/New York 1979 sowie Liu Sui-nian und Wu Qungan: *Chinas Sozialistische Wirtschaft. Ein Abriss der Geschichte (1949–1984)*. Beijing 1988. Letztere Darstellung gibt die offizielle Interpretation der Machthaber zum Ausgang der 1980er Jahre wieder.

3 Während der ersten drei Jahrzehnte des Bestehens der VR China waren insgesamt acht Wachstumszyklen mit einer jeweils stark schwankenden Intensität der wirtschaftlichen Aktivität zu beobachten:

1. Zyklus	(1952–1954)
2. Zyklus	(1955–1957)
3. Zyklus	(1958–1962)
4. Zyklus	(1963–1969)
5. Zyklus	(1969–1972)
6. Zyklus	(1973–1974)
7. Zyklus	(1975–1976)
8. Zyklus	(1977–1981)

Für eine ausführliche Analyse siehe: Taube, Markus (2002): *Erscheinungsformen und Bestimmungsgründe makroökonomischer Zyklen in der VR China. Planungs-, Transformations-, Konjunkturzyklen, Teil I: Wachstumszyklen in einem zentralverwaltungs-wirtschaftlichen Regime (1952–1978)*. Duisburger Arbeitspapiere zur Ostasienwirtschaft Nr. 62, Duisburg.

einheitliche Zoll- und Steuerregelungen waren nicht installiert; eine Einbettung wirtschaftlicher Transaktionen in ein transparentes und regelgebundenes Rechtssystem war nicht gegeben.

Vor diesem Hintergrund mussten nach 1949 zunächst die ökonomischen Rahmenbedingungen konsolidiert und zentrale Infrastruktureinrichtungen wieder eingerichtet werden. Strikte Eingriffe in die Geldzirkulation dämmten alsbald den inflationären Preisauftrieb und legten damit eine unabdingbare Voraussetzung für die Belebung des wirtschaftlichen Geschehens. Auch der Wiederaufbau der physischen Infrastruktureinrichtungen und Produktionsanlagen ging unerwartet zügig vonstatten, so dass rasch eine merkliche Belebung der landwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen war und insbesondere in der Industrie erhebliche Produktionssteigerungen realisiert werden konnten.

Aber wenn auch der Großteil der Maßnahmen in dieser Periode den Charakter eines aus der Not getriebenen Reagierens auf drängende Missstände hatte, so wurden doch ab dem Jahr 1950 bereits entscheidende ordnungspolitische Schritte vollzogen, die die Gestalt der zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung der nächsten Jahrzehnte bereits andeuteten. In den ländlichen Regionen wurde, begleitet von Gewaltexzessen gegen ehemalige Großgrundbesitzer, eine umfassende Bodenreform durchgeführt, die zwar nicht die Produktivität der Landwirtschaft per se steigern konnte, wohl aber die Verteilung der Erträge auf eine gleichberechtigtere Basis stellte. Gleichermaßen wurde in den städtischen Gebieten die Verstaatlichung der Handwerks-, Industrie- und Handelsbetriebe mit zunehmender Geschwindigkeit betrieben, so dass zum Ende des Jahres 1952 der Anteil der rein privat geführten Industriebetriebe bereits auf unter 20 % der Bruttoindustrieproduktion gefallen war.⁴

2.2 Einstieg in die Planwirtschaft, 1953–1957

Auf der Grundlage der Wiederaufbau- und Konsolidierungserfolge der ersten Regierungsjahre markiert das Jahr 1953 den konsequenten Einstieg der VR China in ein zentralverwaltungswirtschaftliches Ordnungssystem und den Aufbau eines entsprechenden institutionellen Gerüsts. Das Jahr 1953 bezeichnet auch das formal erste Jahr des 1. Fünfjahresplans des Landes. Konzipiert für den Zeitraum 1953–1957 wurde dieser 1. Fünfjahresplan jedoch während der ersten zwei Jahre seiner formalen Laufzeit noch mehrfach revidiert und erst im Frühjahr 1955 seitens des Zentralkomitees der KP China ratifiziert.

Gestalt und Zielsetzung dieses ersten Plangerüsts waren – im Gegensatz zu späteren Ausführungen – noch stark nach dem sowjetischen Vorbild ausgerichtet. Primäres Ziel war die forcierte Industrialisierung des Landes. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die Schwerindustrie gelegt, mittels derer in möglichst kurzer Zeit ein großer Kapitalstock und Maschinenpark für die Volkswirtschaft bereitgestellt werden sollte. Die Bevölkerung wurde so zu einem weitreichenden Verzicht auf (leichtindustrielle) Konsumgüter und eine rasche Verbesserung ihres Lebensstandards gezwungen. Für diesen Verzicht auf Gegenwartsverbrauch wurde ihr aber das Anbrechen der Ära der „sozialistischen Gesellschaft“ schon nach Ablauf von drei Planperioden, also ca. 15 Jahren, in Aussicht gestellt.

Die verbliebenen privatwirtschaftlichen Strukturen im industriellen Sektor wurden im Verlauf dieser Planperiode konsequent aufgelöst. Die Kommunistische Partei übernahm die direkte Kontrolle über die Betriebe und begann die Industrie neu auszurichten. In Hinblick auf die Produktionsleistung muss diese Phase als sehr erfolgreich bewertet werden. Trotz diverser Rückschläge gelang es – zumindest gemäß der offiziellen Statistik –, das Planziel einer Produktionsverdopplung deutlich zu übertreffen.

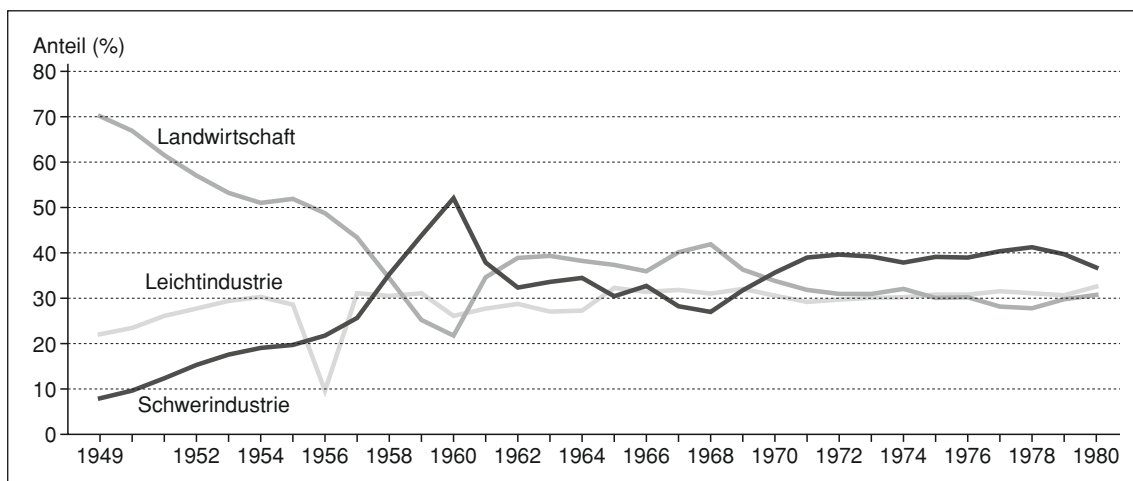
Die bis dahin das volkswirtschaftliche Geschehen dominierende Landwirtschaft wurde nun zu einem Zuträger des nationalen Industrialisierungsprozesses zurückgestuft. Sie sollte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln sicherstellen, Rohstoffe für die Industrie zur Verfügung stellen und durch die Bereitstellung von exportfähigem Getreide und anderen Produkten den Erwerb von Investitionsgütern aus dem Ausland (in erster Linie der UdSSR) finanzieren. Im Zuge dieser Instrumentalisierung der Landwirtschaft für den gesamtgesellschaftlichen Aufbau wurde die kurz zuvor durchgeführte Landreform und die hieraus resultierende Entstehung eines Kleinbauerntums wieder zurückgenommen. Stattdessen setzte ein sich über die Jahre rapide beschleunigender Prozess der Kollektivierung der Landwirt-

4 Siehe hierzu vertiefend: Lardy, Nicholas R.: Economic Recovery and the 1st Five-Year Plan. In: The Cambridge History of China, Vol. 14, Cambridge 1987: 144–183.

schaft ein. Zum Ende des Jahres 1956 waren so bereits über 96 % aller bäuerlichen Haushalte in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengeführt. Diese „sozialistische Umgestaltung des Eigentums an den Produktionsmitteln in der Landwirtschaft“ bediente zum einen ideologische Motive und erleichterte die Kontrolle der ländlichen Bevölkerung, zum anderen ermöglichte sie zunächst auch eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität, insofern die Nutzung von Kapitalgütern (Traktoren, etc.) und Infrastruktureinrichtungen (Bewässerungssysteme, etc.) intensiviert und besser koordiniert werden konnte als zuvor.

Im Überblick betrachtet wurden während dieser Jahre der industrielle und landwirtschaftliche Sektor auf jene Größenrelationen geführt, die für die nächsten Jahrzehnte charakteristisch sein sollten (Abb. 2).

Abb. 2: Relative Bedeutung von Landwirtschaft, Schwer- und Leichtindustrie, 1949–1980: Anteil am Landwirtschaftlichen und Industriellen Gesamtproduktionswert*



* „gong nong ye zong chanzhi“

Daten: Guojia tongji ju [National Bureau of Statistics] (1984), S. 11. Eigene Darstellung.

2.3 Der Große Sprung nach Vorne, 1958–1961/2

Die Periode des „Großen Sprungs nach Vorne“ („*da yuejin*“) war geprägt durch den Versuch, mittels einer radikalen und so nie zuvor erprobten wirtschaftspolitischen Strategie die chinesische Volkswirtschaft innerhalb kürzester Zeit auf neue Entwicklungsstufen zu heben und gleichzeitig einen Durchbruch bei der Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu erzielen. Faktisch wurden hierbei aber aus ideologischer Verblendung heraus elementare ökonomische Zusammenhänge missachtet und nicht funktionsfähige Strukturen geschaffen. Letztlich endete dieses Experiment mit einer der größten menschengemachten Katastrophen schlechthin. Nach offiziellen chinesischen Angaben kamen in der direkten Folge dieser Kampagne ca. 30 Millionen Menschen ums Leben; andere Quellen gehen von bis zu 46 Millionen Todesopfern aus.⁵

Während die ursprüngliche Konzeption des 2. Fünfjahresplans noch in der Kontinuität des vorangegangenen gestanden hatte, wurde seitens Mao Zedong ab Ende 1957 mit dem Schlagwort „mehr, besser, schneller, sparsamer“ eine neue Ausrichtung der Wirtschaftspolitik betrieben, die auf eine radikale Abkehr von dem bisher verfolgten sowjetischen Vorbild hinauslief. Stattdessen sollte „der Politik Vorrang vor Expertentum“ eingeräumt werden und volles Vertrauen in die Begeisterungs- und Leistungsfähigkeit der Bevölkerung bei der Bewältigung der ihr gestellten Aufgaben gesetzt werden. Für die volkswirtschaftliche Entwicklung zentral waren in diesem Kontext (i) die Strategie des „Großen Sprungs nach Vorne“ i. e. S., die auf eine massive Steigerung der industriellen Produktion ausgerichtet war, und

5 Siehe hierzu ausführlich: An, Mark Yuying; Li, Wei and Yang, Dennis Tao: China's Great Leap: Forward or Backward? Anatomy of a Central Planning Disaster. Centre for Economic Policy Research, Discussion paper series No. 2824, 2001 sowie: Lardy, Nicholas R.: The Chinese Economy under Stress, 1958–1965. In: The Cambridge History of China, Vol. 14, Cambridge 1987: 360–397.

(ii) die Überführung der ländlichen Produktionsgenossenschaften in Volkskommunen, die von nun an die gesellschaftlichen und ökonomischen Basiseinheiten der ländlichen Regionen bilden sollten.

Vor dem Hintergrund dieser neuen politisch-ideologischen Vorgaben wurden so die staatlichen Anlageinvestitionen allein 1958 um 85 % ausgeweitet und dabei in erster Linie in den schwerindustriellen Sektor gelenkt. Die Anzahl der im staatlichen Industriesektor beschäftigten Personen wurde in diesem Zusammenhang von 7,5 Millionen im Jahr 1957 auf über 23 Millionen im Jahr 1958 verdreifacht. In der Landwirtschaft wurde auf der Basis der vorangehenden Kollektivierung die Bildung von Volkskommunen mit blitzartiger Geschwindigkeit vorangetrieben. Ende 1958 sollen so bereits 99,1 % der ländlichen Bevölkerung in Volkskommunen organisiert gewesen sein.

Nach Maßgabe der offiziellen Statistik konnten im Zuge dieser Maßnahmen im Jahr 1958 sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft erhebliche Produktionszuwächse erzielt und das Volkseinkommen um mehr als ein Fünftel ausgeweitet werden. Zahlreiche Indikatoren zeigten jedoch schnell an, dass hiermit kein neuer nachhaltiger Wachstumspfad eingeschlagen worden war. Die vollständig von den real gegebenen Möglichkeiten losgelösten Planvorgaben führten zu einer dramatischen Schieflage in der Produktionsstruktur. In kürzester Zeit kam es zu Verknappungen bei Energieträgern, Rohstoffen und grundlegenden Vorprodukten, die nicht schnell genug durch die Produktionsaufnahme der neuen Investitionsprojekte entschärft werden konnten. 1960 erfuhr die wirtschaftliche Situation durch den Bruch mit der Sowjetunion eine weitere dramatische Verschärfung. Nachdem sich die bilateralen Beziehungen aufgrund politisch-ideologischer Differenzen zwischen Mao und Chruschtschow innerhalb kurzer Zeit rapide verschlechtert hatten, stoppte die Sowjetunion in diesem Jahr alle Entwicklungszusammenarbeit mit China.

Lange Zeit von den zentralen Entscheidungsträgern unbemerkt entfaltete sich die Katastrophe des „Großen Sprungs nach Vorne“ zunächst weniger in den industriell ausgerichteten städtischen Gebieten, sondern vielmehr in den ländlichen Regionen. Im falschen Glauben an die Richtigkeit der Meldungen über exorbitante Steigerungen der Ernteerträge in den Vorjahren waren die Planträger der Überzeugung gewesen, immer mehr Ressourcen aus dem landwirtschaftlichen Sektor abziehen zu können, ohne die Nahrungsmittelversorgung der Bevölkerung zu gefährden. Von 1958 auf 1959 wurde so die Anbaufläche um gut 10 % reduziert und wurden anstelle von Getreide vermehrt industrielle Nutzpflanzen angebaut. Gleichmaßen wurden zwischen 1957 und 1960 knapp 23 Millionen Arbeitskräfte aus dem landwirtschaftlichen Sektor – d.h. mehr als 10 % der insgesamt in diesem Sektor tätigen Personen – abgezogen. Des Weiteren glaubte man, nach dem Bruch mit der UdSSR die chinesischen Getreideexporte in die UdSSR massiv ausweiten zu können, um so die sowjetischen Entwicklungshilfekredite vorzeitig zurückzuzahlen. Diese wirtschaftspolitisch herbeigeführte Anspannung der Versorgungslage wurde schließlich durch drei Missernten in Folge (1959–1961) weiter verschärft. Die Landwirtschaft kollabierte, und während die städtische Bevölkerung im Zuge der zentralverwaltungswirtschaftlichen Getreideversorgung zunächst kaum Versorgungsengpässe verspürte, kam es in den ländlichen Regionen zur humanitären Katastrophe. Letztlich machte sich der Zusammenbruch des ländlichen Sektors auch in den städtischen Gebieten bemerkbar, führte hier aber nicht im gleichen Maße zu einem Anstieg der Sterblichkeitsrate. Stattdessen brach der industrielle Sektor ein. Insgesamt erfuhr die chinesische Volkswirtschaft aufgrund des fehlgeleiteten Entwicklungsmodells des „Großen Sprungs nach Vorne“ einen desaströsen Produktionseinbruch, der die wirtschaftliche Entwicklung auf Jahre hinaus weit zurückwarf (Abb. 1).

Nachdem die politische Führung aufgrund eines mangelhaften statistischen Erfassungswesens und ideologischer Verblendung lange Zeit nicht das wahre Ausmaß der ökonomischen Fehlentwicklungen erkannt hatte,⁶ kam es im Januar 1961 schließlich zu einem radikalen wirtschaftspolitischen Richtungswechsel, der im Sommer desselben Jahres durch den erzwungenen Rückzug Mao Zedongs aus dem politischen Tagesgeschehen begleitet wurde. Die staatliche Investitionstätigkeit wurde massiv zurückgefahren und der für den Gegenwartskonsum bereitgestellte Anteil des Volkseinkommens auf historische Höchst-

6 Als Begleitumstände, die in jener Zeit die Aufmerksamkeit der Führung weitgehend absorbierten, sind allerdings auch die rapide Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR sowie der Aufstand in Tibet anzuführen. Auf der Lushan-Konferenz wurden 1959 aber auch bewusst Kritiker des eingeschlagenen ökonomischen Entwicklungskurses politisch kaltgestellt.

stände von 80,8 % (1961) und 89,6 % (1962) ausgeweitet. Um die zusammengebrochene Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Gütern des täglichen Gebrauchs wiederherzustellen, wurde unternehmerische Einzelinitiative wieder ermutigt. Spontan entstanden wieder freie, von Angebot und Nachfrage getriebene Märkte.

2.4 Konsolidierung und Reform, 1962/3–1964/5

Nach dem Erreichen des Tiefpunktes im Jahr 1962 ging die Volkswirtschaft in den Jahren 1963–1965 in eine Erholungsphase über, während derer das Volkseinkommen wieder kräftig anstieg. Dieser Aufschwung war in wirtschaftspolitischer Hinsicht getragen durch eine unter der Führung Liu Shaoqis umgesetzte ökonomische „Realpolitik“, die zu mehr Freiraum für privatwirtschaftliches Handeln und weniger staatlicher Direktivplanung des Wirtschaftsgeschehens beitrug. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde auf eine breitere Basis gestellt und insbesondere auch der leichtindustrielle Sektor gestärkt. Anstelle von ideologisch getriebenen Massenkampagnen sollten nun eine mit ökonomischem Sachverstand betriebene sorgfältige staatliche Planung sowie leistungsorientierte Anreizsysteme die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben.

Letztlich konnte diese pragmatische Neuorientierung bei der Ausgestaltung des wirtschaftlichen Geschehens allerdings keine nachhaltige Wirkung entfalten. Zum einen waren auch nach Mao Zedongs Rückzug von der obersten Führungsebene noch einflussreiche Kräfte vorhanden, die die grundsätzliche Überlegenheit des Entwicklungskonzeptes des „Großen Sprungs nach Vorne“ nicht infrage gestellt und lediglich Umsetzungsfehler als für die Katastrophe der vorangehenden Jahre verantwortlich sehen wollten. Zum anderen wurde die Wirtschaftspolitik über die Zeit immer weniger von einer betriebs- und volkswirtschaftlichen Ratio getrieben, da sich ab den frühen 1960er Jahren rasch die Auffassung verbreitete, dass das durch die Katastrophe des „Großen Sprungs“ erheblich geschwächte Land massiv durch auswärtige Mächte bedroht sei. Daher wurde die Wirtschaftspolitik zunehmend einem militärstrategischen Kalkül untergeordnet, welches letztlich zur Konzeption und Implementierung der sogenannten „Dritte-Front-Strategie“ führte.

2.5 Dritte-Front-Strategie und Kulturrevolution, 1964–1976

Die volkswirtschaftliche Entwicklung Chinas und insbesondere deren ordnungspolitische Einbettung während der Periode 1964–1976 ist mit traditionellen wirtschaftswissenschaftlichen Konzepten nur unzureichend zu erfassen. Stattdessen dominierten militärstrategische Erwägungen und ideologisch motivierte Richtungsstreitigkeiten innerhalb der Kommunistischen Partei das gesellschaftliche und ökonomische Leben.

Während der ersten Hälfte der 1960er Jahre wurde das internationale Umfeld als der VR China gegenüber zunehmend feindlich eingestuft. Durch Grenzstreitigkeiten ausgelöste bewaffnete Auseinandersetzungen mit Indien und der UdSSR, indirekte Drohungen der USA, das chinesische Atombombenprogramm durch einen atomaren Erstschatz zu stoppen, eine eskalierende Verwicklung in den Vietnamkonflikt und nicht zuletzt die Befürchtungen, der auf Taiwan neu erstarkte Bürgerkriegsgegner könne die Schwächung der festlandschinesischen Volkswirtschaft im Zuge des „Großen Sprungs nach Vorne“ zu einem militärischen Schlag ausnutzen, ließen die Möglichkeit eines neuen Krieges als sehr wahrscheinlich erscheinen. Die 1964 offiziell aufgelegte Dritte-Front-Strategie (*di san xian*) sollte daher der traditionellen Ballung der ökonomisch-industriellen Aktivitäten im militärstrategisch ungünstig gelegenen und nur schlecht zu verteidigenden Küstenstreifen entgegenwirken. Stattdessen sollte im chinesischen Hinterland eine neue industrielle Basis errichtet werden, die im Falle einer Besetzung des Küstenstreifens durch feindliche Truppen einen langgezogenen Guerillakrieg mit Gütern und Waffen alimentieren sollte. Zu diesem Zweck wurde mit enormem finanziellen und personellen Aufwand in Zentral- und Westchina ein neuer industrieller Kapitalstock aufgebaut, der allerdings in seiner Ausgestaltung weder betriebs- noch volkswirtschaftlichen Effizienzerwägungen folgte. Stattdessen wurden z. B. Fabrikanlagen auf Dutzende von kilometerweit entfernten Standorten aufgeteilt und in unzugänglichen Seitentälern und Höhlen vor möglichen feindlichen (Bomben-)Angriffen versteckt. Aufgrund eines Mangels an verfügbaren Rohstoffen und Materialien musste der Aufbau dieser neuen Strukturen zudem

z. T. durch den Abbau bestehender Eisenbahntrassen und weiterer Infrastruktureinrichtungen in anderen Landesteilen versorgt werden. In ähnlicher Art und Weise wurden auch bestehende Unternehmungen im ost- und südostchinesischen Küstenstreifen gezwungen, einen Teil ihres Maschinenparks und ihrer Belegschaft für den Aufbau von Tochterunternehmen in den Dritte-Front-Regionen abzustellen. Gleichzeitig wurden den im Küstenstreifen angesiedelten Mutter-Unternehmen auch für Ersatzinvestitionen und Reparaturen keine Investitionsmittel mehr bereitgestellt.

Der militärische Wert der auf diese Weise betriebenen radikalen Umstrukturierung der chinesischen Volkswirtschaft ist letztlich nie auf die Probe gestellt worden. Allein aus der ökonomischen Perspektive gesehen führte sie jedoch zu einer stark suboptimalen Allokation von Ressourcen und zur Schaffung von Unternehmungen, die in einem normalen – im Sinne von nicht-militärstrategisch dominierten – volkswirtschaftlichen Umfeld nicht wettbewerbs- und überlebensfähig gewesen wären. Die Kernregionen der Dritten-Front-Strategie wurden auf diese Weise in ihrer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung massiv beeinträchtigt, insofern sie nach Abschluss des Programms und auch bis in die Zeit der Reform- und Öffnungspolitik ab 1978 mit einem erheblichen Bestand an unrentablen und nicht an den Bedürfnissen einer sich reformierenden und öffnenden Volkswirtschaft ausgerichteten Staatsunternehmen belastet blieben.

Die Dritte-Front-Strategie verlor mit der politischen Annäherung an den Westen und einer abebbenden Kriegsangst in der ersten Hälfte der 1970er Jahre ihre wirtschaftspolitische Sonderstellung, wurde jedoch erst 1979 endgültig aufgegeben.⁷

Karte 1: Die Dritte-Front-Regionen



⁷ Für eine detaillierte Darstellung und Analyse dieser Strategie siehe: Naughton, Barry: *The Third Front: Defense Industrialization in the Chinese Interior*. In: *The China Quarterly* 115 (1988): 351–386.

Die ökonomische Entwicklung während der Kulturrevolution ist in hohem Maße durch die Umsetzung der Dritte-Front-Strategie geprägt, kann aber letztlich nicht mit dieser gleichgesetzt werden. Die von der Kulturrevolution ausgehenden Impulse auf die ökonomische Entwicklung des Landes waren allerdings grundsätzlich negativer Natur. Zentrale Einrichtungen der Verwaltungsbürokratie waren innerhalb kürzester Zeit infolge von ideologischen Säuberungen und Auseinandersetzungen über deren Arbeit und Befugnisse nicht mehr funktionsfähig, so dass der Umfang der zentralstaatlich geplanten Güter deutlich reduziert und Entscheidungsgewalt an dezentrale Ebenen abgegeben werden musste. Während der „heißen“ Phase der Kulturrevolution (1966–1969) löste sich zuallererst die bestehende Ordnung in den Städten auf, während die ländlichen Gebiete zunächst weniger betroffen blieben. Die z. T. bürgerkriegsähnlichen Zustände führten zu schwerwiegenden Produktionsausfällen im industriellen Sektor und der Stagnation der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In einigen Regionen kamen Industrieproduktion, Bautätigkeit und das Transportwesen sogar fast vollständig zum Erliegen.

Auch in den auf die „heiße“ Phase folgenden Jahren war es in erster Linie die in den städtischen Gebieten konzentrierte Industrie, die durch fortgesetzte politische Kampagnen, Arbeitsniederlegungen zum Zwecke des Klassenkampfes sowie Fraktionskämpfe innerhalb der Kommunistischen Partei in ihrer Entwicklung und Produktionsleistung in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Landwirtschaft wurde während dieser Epoche weniger stark in ihrer Entwicklung beeinträchtigt. De facto führte die Lähmung der industriellen Aktivitäten im urbanen Raum zur Entstehung von verarbeitenden Betrieben in einzelnen ländlichen Regionen, die letztlich den Entstehungskeim für die in den 1980–1990er Jahren florierenden ländlichen *township-village enterprises* (TVE) und ihre privatwirtschaftliche Folgeunternehmen bilden sollten.

Die langfristige Wirtschaftsentwicklung Chinas wurde allerdings weniger durch diese Produktionsausfälle beeinträchtigt, als vielmehr durch die Schließung zahlreicher Bildungseinrichtungen und die rein ideologische Ausrichtung des Unterrichtsstoffs, die eine ganze Generation ohne hinreichende Schul- und Universitätsausbildung zurückließ.

2.6 Das Hua-Guofeng-Interregnum, 1976–1978

Nach dem Ableben Mao Zedongs und dem Abschluss der Kulturrevolution kam es zunächst noch nicht zu einer richtungsweisenden Neuorientierung der chinesischen Wirtschaftspolitik. Stattdessen wurde das frühere maoistische Entwicklungsmodell neu aufgelegt. Der zum Nachfolger Mao Zedongs und dessen politischen Erben gekürte Hua Guofeng proklamierte so noch im März 1978 in der Tradition der vorangehenden Jahre einen neuen „Großer Sprung“ (*yang yuejin*)⁸, der die chinesische Volkswirtschaft in kürzester Zeit in die Moderne katapultieren sollte. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde zum einen im gleichen Stil wie bei den vorangehenden Kampagnen die staatliche Investitionstätigkeit massiv ausgedehnt. Die Investitionsaufwendungen, die für 120 in Hua Guofengs Zehn-Jahres-Entwicklungsplan aufgelistete Schlüsselprojekte insgesamt vorgesehen waren, entsprachen den gesamten Kapitalaufwendungen der vorangehenden 28 Jahre. Zum anderen sollte durch die Einfuhr zahlreicher schlüsselfertiger Industrieanlagen aus dem Ausland der technologische Entwicklungsstand der Volkswirtschaft rasch angehoben werden. Dieses Unterfangen musste allerdings nach kurzer Zeit wieder abgebrochen werden, da (a) exzessive Handelsbilanzdefizite befürchtet wurden, (b) die notwendigen Devisen (d. h. internationale Liquidität) aufgrund unerwartet niedriger Erlöse aus dem Erdölexport fehlten, und (c) es offenbar wurde, dass die für die Inbetriebnahme der zu importierenden Industrieanlagen notwendigen komplementären inländischen Investitionen trotz aller Anstrengungen nicht realisiert werden konnten.⁹

Das sich schnell abzeichnende Scheitern dieses von Hua Guofeng eingeleiteten neuerlichen Versuchs, mit einer investitionsgetriebenen, schwerindustriell ausgerichteten Entwicklungsstrategie die Probleme des Landes zu lösen, beförderte den Aufstieg reformorientierter Kräfte innerhalb der KP Chinas. Bereits Ende des Jahres 1978 gelang diesen dann die Machtübernahme und wurde eine neue Ära der chinesischen Wirtschaftsgeschichte eingeläutet.

⁸ Der Term „yang“ im chinesischen Originalbegriff *yang yuejin* bezieht sich auf die Nutzung ausländischer Industrieanlagen.

⁹ Siehe hierzu vertiefend: Riskin, Carl: *China's Political Economy*. New York 1987 sowie Cheng, Chu-yuan: *China's Economic Development. Growth and Structural Change*. Boulder 1982.

3 Marktwirtschaftliche Transformation und ökonomische Entwicklung ab 1978

Die Abkehr vom bisherigen Entwicklungsmodell erfolgte mit dem 3. Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1978, auf dem die Reformkräfte unter der Führung Deng Xiaopings die Oberhand erlangten und die Prioritätenliste aller politischer Arbeit neu definierten. Mit der Feststellung, dass mittlerweile nicht mehr der Antagonismus zwischen Bourgeoisie und Proletariat den Hauptwiderspruch innerhalb der chinesischen Gesellschaft darstelle, sondern vielmehr das Missverhältnis zwischen der mangelnden Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung, wurde mit einem Schlag der Schwerpunkt aller politischen Arbeit vom Klassenkampf auf die Wirtschaftspolitik verlagert. Während zuvor ökonomische Zielsetzungen und Rationalitätsüberlegungen einem ideologisch-klassenkämpferischen Primat untergeordnet worden waren, wurden nun die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Ausbildung von leistungsstarken ökonomischen Strukturen zum Primat der politischen Arbeit erhoben.

Ende der 1970er Jahre vollzog die politische Elite der VR China somit einen radikalen Bruch mit der Herrschaftsideologie der Vergangenheit und begann, ein neues konsensuales Werte- und Normensystem zu etablieren. Die bisherige Entwicklungslogik wurde aufgegeben und jener unternehmerische Freiraum eröffnet, der dem dynamischen institutionellen Wandel der folgenden dreißig Jahre in China zugrundelegen hat.

Die hierdurch Ende der 1970er Jahre herbeigeführte ideologische Fundierung einer grundlegenden Umgestaltung des ökonomischen Ordnungsrahmens wurde auf dem 14. Parteikongress im September 1992 durch die Erhebung des Konzepts der „Sozialistischen Marktwirtschaft“ zum Leitprinzip der ordnungspolitisch-institutionellen Ausgestaltung der chinesischen Wirtschaftsordnung noch einmal substantziell ausgeweitet. Im offiziellen Sprachgebrauch wurde erklärt, dass der Marktmechanismus lediglich ein Instrument zur Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung sei und keineswegs ein definierendes Charakteristikum des Gesellschaftssystems. Auch mit einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung könne und werde in China weiterhin eine sozialistische Gesellschaftsordnung umgesetzt. Mit dieser revolutionären Umdeutung eines Eckpfeilers der marxistischen Lehre wurde nun der Weg frei gemacht für den forcierten Aufbau einer funktionsfähigen Marktwirtschaft. Ideologiegeleitete Debatten über die Kompatibilität einzelner ökonomischer Reformmaßnahmen mit den Grundwerten der sozialistischen Bewegung konnten fortan entfallen.¹⁰ Tatsächlich setzten auch erst ab diesem Zeitpunkt ernsthafte Bemühungen der VR China um eine Vollmitgliedschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) ein, für die die Existenz marktwirtschaftlicher Strukturen eine Voraussetzung darstellt. Der tatsächliche Beitritt Chinas zur WTO im Dezember 2001 bedeutete somit einen zentralen Meilenstein im chinesischen Transformationsprozess von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft (siehe unten).

Im Folgenden werden der Aufbau der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und der damit einhergehende ökonomische Aufschwung näher betrachtet. Im Anschluss an eine allgemeine Skizzierung der Entwicklung der Leistungsfähigkeit der chinesischen Volkswirtschaft während der letzten drei Jahrzehnte werden zunächst Grundprinzipien des ordnungspolitisch-institutionellen Wandels erörtert, um sodann die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Integration und der Hinwendung zu produktiveren Wirtschaftsbereichen zu thematisieren. Das Kapitel schließt mit einer Diskussion der Herausforderungen, vor denen die chinesische Volkswirtschaft aktuell steht und die zur erfolgreichen Fortsetzung des bisherigen Entwicklungsprozesses zu bewältigen sind.¹¹

10 Siehe hierzu ausführlich Hsu, Robert C.: *Economic Theories in China, 1979–1988*. Cambridge 1991; Qian, Yingyi: *The Process of China's Market Transition (1978–1998): The Evolutionary, Historical, and Comparative Perspectives*. In: *Journal of Institutional and Theoretical Economics*, Vol. 156 (2000): 151–171; Qian, Yingyi: *How Reform Worked in China*. CEPR Discussion Paper 3447, London 2002.

11 Siehe zu den Ausführungen in diesem Kapitel auch die Darstellungen in: Taube, Markus: *Ökonomische Entwicklung in der Volksrepublik China: Nachholendes Wachstum im Zeichen der Globalisierung*. In: Maull, Hanns W. und Wagener, Martin (Hg.): *Ostasien in der Globalisierung*. Baden-Baden 2009: 111–130 sowie Taube, Markus und Schramm, Matthias: *Institutioneller Wandel als unternehmerische Aufgabe: Der Fall ‚China‘*. In: Pascha, Werner und Storz, Cornelia (Hg.): *Wirkung und Wandel von Institutionen: Das Beispiel Ostasien*. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 77, Stuttgart 2005: 163–190.

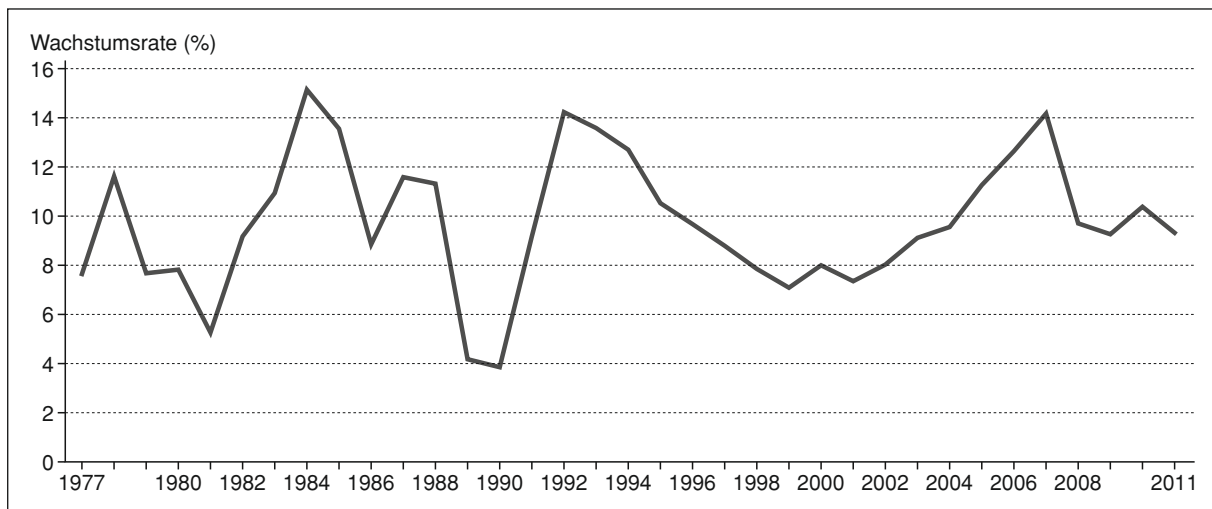
3.1 Ökonomische Wachstums- und Entwicklungsdynamik

Seit Beginn der von Deng Xiaoping eingeleiteten Reform- und Öffnungspolitik hat die chinesische Volkswirtschaft einen in Hinblick auf Dynamik als auch Dauer historisch einzigartigen ökonomischen Wachstums- und Entwicklungsprozess durchlaufen. Während der Jahre 1978 bis 2011 ist die ökonomische Leistungserbringung Chinas – gemessen am Brutto-Inlandsprodukt (BIP) – pro Jahr um durchschnittlich fast 10 % angestiegen (Abb. 3). Das BIP pro Kopf hat sich verfünffach. Keines der asiatischen „Wirtschaftswunderländer“ der 1950–1980er Jahre und in jüngerer Vergangenheit auch keiner der osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsstaaten kann eine vergleichbare Erfolgsbilanz vorweisen.

In Kaufkraftparitäten gemessen ist China heute mit einem Anteil von einem Siebtel an der Weltwirtschaft bereits zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Erde aufgestiegen.¹² Im Zusammenhang mit diesem Leistungszuwachs hat sich die chinesische Volkswirtschaft voll in die internationale Arbeitsteilung integriert und gehörte zur ersten Jahrzehntwende des 21. Jahrhunderts sowohl zu den führenden Handelsnationen (auf der Export- wie Importseite) als auch den wichtigsten Ziel- wie auch Herkunftsländern ausländischer Direktinvestitionen.

Die beeindruckende Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Leistungserbringung hat sich insgesamt sehr positiv auf das Wohlergehen der Bevölkerung ausgewirkt. Dies wird insbesondere aus dem von den Vereinten Nationen erstellten Human Development Index deutlich, der neben der Entwicklung des BIP auch die Lebenserwartung und den Ausbildungsstand der Bevölkerung erfasst. Auf diesem von Null bis Eins skalierten Index hat sich die VR China von einem Wert von 0,404 im Jahr 1980 ausgehend kontinuierlich verbessert und erreicht 2011 bereits einen Wert von 0,687.

Abb. 3: Wachstumsraten des BIP, 1977–2011



Daten: Guojia tongji ju [National Bureau of Statistics]. Eigene Darstellung

Problematisch bleibt jedoch bei aller Würdigung der ökonomischen Wachstumserfolge die unzureichende statistische Erfassung der Kosten des wirtschaftlichen Wachstums im Sinne des Verzehrs von Umweltressourcen und der durch Umweltverschmutzung, Desertifikation etc. hervorgerufenen Schäden und Folgekosten. Nach Kalkulationen der Weltbank, die u. a. auch den durch umweltverschmutzungsbedingte Erkrankungen herbeigeführten Verlust an Arbeits- und Lebenszeit mit einzubeziehen versucht, belaufen sich diese Kosten der ökonomischen Entwicklung fast auf den gleichen Wert, um den die chinesische Volkswirtschaft jährlich gemäß der herkömmlichen Statistik wächst.¹³ Die Nachhaltigkeit

¹² Vgl. die Datenbanken des *International Monetary Fund* (www.imf.org) und des *National Bureau of Statistics of the PR China* (www.stats.gov.cn).

¹³ Vgl.: World Bank: *Cost of Pollution in China. Economic Estimates of Physical Damage*, Washington D. C. 2007.

der Wachstumserfolge wird zudem durch die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen infrage gestellt, die zu einer mittlerweile erheblichen Stratifizierung der Gesellschaft geführt hat.¹⁴

Parallel zu der erheblichen Ausweitung der Leistungsfähigkeit der chinesischen Volkswirtschaft sind drei grundlegende Strukturverschiebungen zu verzeichnen: (a) die Transformation von einer zentralverwaltungsverwaltungswirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung zu einer Marktwirtschaft, (b) der Übergang von einer am Ideal der Autarkie ausgerichteten und vom Weltmarkt abgeschotteten ‚Binnenwirtschaft‘ hin zu einer umfassenden Integration in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, und (c) die Ablösung der Landwirtschaft als dominierendem Sektor der Volkswirtschaft durch einen in seiner Verteilung auf Leicht- und Schwerindustrie ausgewogen aufgestellten, leistungsstarken industriellen Sektor. Diese drei Strukturverschiebungen sind im Zusammenspiel mit dem Prinzip des ‚nachholenden Wachstums‘ von zentraler Bedeutung für das Zustandekommen des chinesischen Aufschwungs.

„Nachholendes Wachstum“

Das Konzept des ‚nachholenden Wachstums‘ basiert auf der Idee, dass ökonomische Entwicklungsprozesse bei aller Idiosynkrasie nationaler Strukturen grundsätzlich ähnlichen Pfaden folgen und es somit möglich ist, dass ‚Nachzügler‘ von fortgeschrittenen Volkswirtschaften und deren Akteuren lernen können. Insofern sie ‚ausgetretenen Pfaden‘ folgen, d. h. bewährte institutionelle Arrangements, erprobte Technologien und Geschäftsmodelle übernehmen sowie gezielte Investitionen in Sach- und Humankapital vornehmen, können diese Volkswirtschaften ihren ökonomischen Entwicklungsprozess mit einem Minimum an risikobehafteten Investitionen, d. h. einem Minimum an Ressourcen verzehrenden *trial-and-error*-Prozessen, betreiben. Dies ermöglicht grundsätzlich eine höhere Wachstumsrate als sie in Volkswirtschaften erzielt werden kann, die an der Spitze der weltwirtschaftlichen Entwicklung stehen und deren weitere Entwicklung und Wachstum auf unternehmerischen (d. h. in hohem Maße risikobehafteten) Investitionen in neue Technologien und Geschäftsmodelle sowie, grundlegend hierfür, neuem Wissen und Humankapital basieren.

Neben diesem auf reduzierten Suchkosten basierenden Impuls für beschleunigtes Wachstum können ‚Nachzügler‘ zudem von einer potenziell sprunghaft steigenden Arbeitsproduktivität profitieren, die auf sektorialem Strukturwandel basiert, dessen Wachstumsimpulse die führenden Volkswirtschaften bereits weitestgehend ausgeschöpft haben. Die Produktivität von Arbeitskräften liegt im landwirtschaftlichen Sektor eines typischen Entwicklungslandes deutlich unter der Produktivität, die diese Arbeitskräfte in der Industrie oder gar im Dienstleistungssektor realisieren könnten. D. h. allein durch eine Verschiebung der Anteile der Bevölkerung, die in der Landwirtschaft, Industrie bzw. Dienstleistung beschäftigt sind, können Produktivitätsgewinne und somit Zugewinne bei der gesamtwirtschaftlichen Leistungserbringung realisiert werden.

Ein weiterer Effekt, über den ‚Nachzügler‘ höhere Wachstumsraten realisieren und somit ihren Entwicklungsrückstand gegenüber den führenden Volkswirtschaften reduzieren können, ergibt sich aus dem Solowschen Ersparnis-Investitionen-Abschreibungs-Nexus. Bei einer gegebenen gesamtwirtschaftlichen Sparrate kann die Volkswirtschaft umso schneller wachsen, je größer der Anteil der Ersparnisse ist, der in Neu-Investitionen fließt und nicht für den Ersatz abgeschriebenen Sachkapitals aufgewendet werden muss. Hoch entwickelte Volkswirtschaften müssen mit zunehmender Reife immer größere Anteile ihrer Ersparnis in den Ersatz abgeschriebenen Sachkapitals lenken und können somit nur noch immer geringere Netto-Neuinvestitionen und damit Wachstumsraten realisieren. Letztlich erreichen sie einen Gleichgewichtszustand (in der Fachterminologie: ihren ‚*steady state*‘), in dem die Ersparnisbildung gerade für die Wiederherstellung des verbrauchten Sachkapitalbestands ausreicht. Wachstum kann nun nur noch durch technologische Innovation und eine produktivere Faktorverwendung realisiert werden.

14 Vgl.: Sutherland, Dylan and Yao, Shujie: Income inequality in China over 30 years of reforms. In: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 2011/4: 91–105; Knight, John: Reform, Growth, and Inequality in China. In: *Asian Economic Policy Review* 2008/3: 140–158.

3.2 Grundprinzipien des chinesischen Wegs vom Plan zum Markt

Nachdem Ende der 1970er Jahre die Leitideologie der herrschenden Elite in grundlegender Form neu ausgerichtet und die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zum Primat aller politischen Arbeit erklärt worden war, stand die praktische Regierungsarbeit vor der Frage, wie die Leistungskraft der Volkswirtschaft gestärkt werden könnte. Es wurde konstatiert, dass mit der bisher praktizierten zentralverwaltungswirtschaftlichen Ordnung, insbesondere in Gestalt ihrer maoistischen Sonderformen, nicht die erhofften Erfolge erreicht worden waren. Ordnungspolitische Veränderungen wurden von daher angestrebt, nicht jedoch ein grundlegender Systemwandel. In den ersten Jahren der Ära Deng Xiaoping sollte die bestehende Ordnung von daher lediglich durch den partiellen Einbau von marktorientierten Institutionen in ihrer (an Outputgrößen gemessenen) Leistungsfähigkeit gestärkt werden.

Um die Legitimation des eigenen Machtanspruchs nicht zu gefährden, mussten diese ordnungspolitischen Innovationen dem Kalkül genügen, vollständig vom Rest des volkswirtschaftlichen Ordnungszusammenhangs isoliert und somit – im Fall von Fehlentwicklungen – wieder rückgängig gemacht werden zu können. Gleichzeitig galt es, mit diesen Experimenten dort zu beginnen, wo die schnellsten Erfolge möglich erschienen, ein Scheitern (in sektoraler wie regionaler Hinsicht) die geringsten Schäden hervorrufen würde, und die Kosten am geringsten waren.

Die Abfolge ordnungspolitischer Experimente während der 1980er Jahre folgte genau diesen Kriterien. Die allerersten Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes betrafen zum einen die Einführung eines sog. „Haushaltverantwortlichkeitssystems“, das es ländlichen Haushalten gestattete, zuvor kollektiv bestellte Landparzellen nun eigenverantwortlich zu bebauen (unter Erfüllung bestimmter Ernteablieferungen an die Regierung), und zum anderen die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen, innerhalb derer ausländische Investoren eingeladen wurden, mit chinesischen Arbeitskräften leichtindustrielle Güter für den Weltmarkt herzustellen.

Die Einführung der neuen Strukturen im ländlichen Sektor konnte innerhalb kürzester Zeit mit einem Minimum an Verwaltungsanstrengungen umgesetzt werden, und diese hätten – bei sich abzeichnenden Fehlentwicklungen – ebenfalls innerhalb kürzester Zeit wieder zurückgeführt werden können. Insofern die der eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zugewiesenen Parzellen zunächst nur klein waren und der Großteil des Landes weiter kollektiv bebaut wurde und später mit der Ausweitung der „privaten“ Parzellen feste Ernteablieferungen durchgesetzt wurden, war durch dieses Experiment die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln bzw. der Industrie mit agrarischen Rohstoffen nie ernsthaft gefährdet.

Auch die Einrichtung der Sonderwirtschaftszonen war für die chinesische Regierung lediglich mit geringen Risiken behaftet. Die Sonderwirtschaftszonen wurden in Gebieten eingerichtet, die spätestens im Rahmen der Dritten-Front-Strategie ihrer industriellen Basis beraubt worden waren und zu Beginn der Reformen zu den ärmsten des gesamten Landes gehörten. Durch den ursprünglich geltenden Zwang, sämtliche innerhalb der Zonen erstellten Güter auf dem Weltmarkt zu vertreiben, blieb der ordnungspolitische Zusammenhang der übrigen Volkswirtschaft unangetastet. Potenzielle andersgerichtete unerwünschte Einflüsse (*spillover*-Effekte) wurden zudem durch die physische Abgrenzung der Sonderwirtschaftszonen mittels schwerer Grenzanlagen ausgeschlossen. Auch kostenseitig blieben die Aufwendungen und Risiken für die chinesische Seite sehr überschaubar. Sie beschränkten sich auf die Bereitstellung einer minimalen Infrastruktur, während die Hauptlast seitens der ausländischen Investoren getragen wurde, die nicht nur ihre Produktionsanlagen einbrachten, sondern angesichts der unsicheren Versorgungslage zunächst auch eigene Infrastrukturleistungen wie z. B. die Errichtung eigener Stromgeneratoren erbringen mussten.

Die mit diesen beiden Innovationen angestoßenen Erfolge bei der Stärkung des ländlichen Sektors und des Aufbaus einer exportorientierten Industrie waren bahnbrechend für die weitere Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft und die Vertiefung des ordnungspolitischen Reformprogramms.

„Aus- und Einblenden institutioneller Arrangements“

Eng mit dem Charakteristikum einer „von-unten“ forcierten Umgestaltung der chinesischen Wirtschaftsordnung verbunden ist das Phänomen eines i. d. R. langsamen Aus- bzw. Einblendens institutioneller Arrangements und der weitgehende Verzicht auf kurzfristig umgesetzte radikale Brüche mit bestehenden Strukturen. Dies implizierte die Parallelexistenz von plan- und marktwirtschaftlichen Ordnungsmechanismen, die jeweils in klar abgegrenzten Sphären wirken sollten. Hierdurch gelang es, ein Kontinuum von institutionellen (Übergangs-)Lösungen zu schaffen, das einen vergleichsweise friktionsarmen Übergang von zentralverwaltungswirtschaftlichen zu marktwirtschaftlichen Interaktionsstrukturen ermöglichte. Insbesondere konnte so eine schlagartige Entwertung von Human- und Sachkapital vermieden und dieses stattdessen allmählich umgeschult bzw. umgewidmet werden. Hierdurch wurde ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung einer Transformationsrezession geleistet, wie sie die osteuropäischen und zentralasiatischen Transformationsländer durchmachten.

Ein negativer Begleiteffekt resultierte jedoch aus den starken Anreizen zu korrupten Praktiken, die sich in diesen dualen Strukturen daraus ergaben, dass für identische Güter zwei unterschiedliche Preise existierten: ein (i. d. R. niedriger) Verrechnungspreis in der planwirtschaftlich organisierten Sphäre und ein (i. d. R. deutlich höherer) Marktpreis, der die tatsächlich bestehenden Knappheiten anzeigte. Durch den (illegalen) Transfer von Gütern aus der Plan- in die Marktsphäre konnten so erhebliche Arbitragegewinne realisiert werden.

Eine nähere Untersuchung dieser beiden Fälle zeigt aber auch, dass der chinesische Weg vom Plan zum Markt keineswegs ein ausschließlich von (zentralstaatlichen) politischen Entscheidungsträgern *top-down* gesteuerter Prozess war. Die Dynamik des chinesischen Transformationsprozesses resultierte vielmehr aus einer von unternehmerischen Kräften *bottom-up* eingeforderten kontinuierlichen Weiterentwicklung des institutionellen Rahmenwerks ihrer ökonomischen Aktivitäten. Diese Weiterentwicklungen wurden oft zunächst im Bereich der Schattenwirtschaft und Illegalität ‚spontan‘ eingeführt und erst später seitens der Regierung aufgegriffen und in den formalen Ordnungsrahmen aufgenommen.¹⁵ Die Entstehung einer marktwirtschaftlichen Ordnung in China muss von daher als ein „Versehen“ gewertet werden. Ein bewusstes Hinsteuern der politischen Führungselite auf eine marktwirtschaftliche Ordnung setzte erst ein, als klar wurde, dass (i) eine Rückkehr zur Zentralverwaltungswirtschaft die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft massiv eingeschränkt und damit auch die Legitimation des Herrschaftsanspruchs der Kommunistischen Partei infrage gestellt hätte; und (ii) nur durch die flächendeckende Etablierung von Marktinstitutionen das volle Potenzial dieses Ordnungssystems erschlossen werden konnte. Zeitlich ist dieser Wendepunkt, an dem der Prozess ordnungspolitisch-institutionellen Wandels in China den Quantensprung von der *Reform* der bestehenden Zentralverwaltungswirtschaft zur *Transformation* vom Plan zum Markt vollzog, auf die erste Hälfte der 1990er Jahre zu datieren.

3.3 Reintegration der Weltwirtschaft in das chinesische Entwicklungsmodell

Zweifelsohne hätte die chinesische Volkswirtschaft während der vergangenen 30 Jahre auch ohne weltwirtschaftliche Integration substanzielle Wachstumserfolge erzielen können. Allein durch die ordnungspolitisch-institutionelle Umgestaltung der Volkswirtschaft sind erhebliche Effizienzsteigerungen bei der Allokation und Kombination der der Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren ermöglicht worden. Gleichzeitig ist auch die Menge der der Volkswirtschaft absolut zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren erheblich angestiegen. Zwischen 1980 und 2010 ist die Altersgruppe der ‚Erwerbsfähigen Bevölkerung‘ (hier approximiert durch die Altersgruppe 16–65 Jahre) von 600 Millionen auf ca. 1 000 Millionen Personen angestiegen und hat das Angebot des Produktionsfaktors ‚Arbeit‘ erheblich ausgebaut. Auch der Produktionsfaktor ‚Kapital‘ war bei einer Sparquote von 30–50 % in

15 Siehe hierzu ausführlich: Taube, Markus und Schramm, Matthias: Institutioneller Wandel als unternehmerische Aufgabe: Der Fall ‚China‘. In: Pascha, Werner und Storz, Cornelia (Hg.): Wirkung und Wandel von Institutionen: Das Beispiel Ostasien. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 77, Stuttgart 2005: 163–190.

mehr als hinreichendem Maße vorhanden. Kapital war in der jüngeren Geschichte faktisch niemals ein Engpass für die wirtschaftliche Entwicklung in China.

Dessen ungeachtet war die Reintegration des Landes in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung von entscheidender Bedeutung für den Erfolg des ordnungspolitisch-institutionellen Systemwandels und die Entfaltung des chinesischen „Wirtschaftswunders“. Von der Weltwirtschaft sind über den Preismechanismus entscheidende Impulse für eine allokationseffiziente Ausrichtung des chinesischen Wachstumspfad ausgegangen, und der Transfer von Technologien und Geschäftsmodellen hat die Erschließung substanziell höherer Dimensionen von Entwicklung und Wachstum ermöglicht.

Bis zum Beginn der Reformbewegung Ende der 1970er Jahre war die chinesische Volkswirtschaft faktisch vollständig vom weltwirtschaftlichen Geschehen isoliert. Faktorallokation und Güterströme erfolgten losgelöst von den auf dem Weltmarkt herrschenden Knappheitsrelationen (und faktisch auch den tatsächlichen ökonomischen Knappheiten der Binnenwirtschaft). Die verbliebenen rudimentären Kontakte zur Außenwelt wurden über wenige spezielle Organisationen abgewickelt, zu denen zum Beispiel zwölf staatliche Außenhandelsgesellschaften gehörten. Diese Organisationen monopolisierten die Außenkontakte und sollten die Übertragung von systemfremden Informationen und Signalen verhindern. Nur so konnte der Ordnungszusammenhang des Binnenmarktes aufrechterhalten werden. Mit der (langsamen) Öffnung der Volkswirtschaft zum Weltmarkt wurde diese Barriere durchbrochen und sukzessive die Transmission weltwirtschaftlicher Preissignale an chinesische Wirtschaftsakteure zugelassen. Dies ermöglichte eine Ausrichtung der chinesischen Volkswirtschaft und ihrer Industrie an den globalen (und somit auch chinesischen) Bedürfnisstrukturen und somit die Erstellung eines sowohl dem eigenen Leistungsprofil als auch der globalen Nachfrage entsprechenden Angebots. Ohne diese Übernahme des globalen Preissystems wäre China der Zugang zu den Ressourcen des Weltmarktes für die nationale Entwicklung weitestgehend verschlossen geblieben.

Im Zuge der rapiden Integration in die globale Arbeitsteilung ist der chinesischen Volkswirtschaft und ihren Unternehmen durch die Übernahme von Geschäftsmodellen und technologischen Errungenschaften ihrer ausländischen Geschäftspartner zudem der Sprung in höhere Dimensionen der Wertschöpfung gelungen. Dabei haben chinesische Unternehmen allerdings über lange Jahre hinweg lediglich eine eher *passive* Rolle gespielt. Chinesische Unternehmen haben bis zum Jahrhundertwechsel in erster Linie als Produktionsdienstleister fungiert, die mittels aus dem Ausland transferiertem Produktions-Know-hows im Auftrag ausländischer Unternehmen Güter gefertigt haben. Die von diesen chinesischen Unternehmen auf Honorarbasis produzierten Güter wurden schließlich seitens ihrer ausländischen Auftraggeber unter deren Markennamen und über deren Vertriebsstrukturen auf dem Weltmarkt abgesetzt. Die chinesische Industrie war von daher in diesem Entwicklungsstadium zum größten Teil nur indirekt, d. h. über ausländische Intermediäre in den Weltmarkt integriert und verfügte über keine eigenständigen Produktentwicklungen, Markennamen, internationalen Vertriebsstrukturen, etc. Gleichzeitig haben chinesische Unternehmen während dieser Periode aber umfassende Erfahrungen und erfolgskritisches Wissen über die Strukturen und Funktionsweise des Weltmarktes sammeln können, die es ihnen seit dem WTO-Beitritt Chinas ermöglicht haben, ihre passive Rolle abzulegen und nun mit eigenen Produkten, Marken und Direktinvestitionen *aktiv* auf dem Weltmarkt aufzutreten. Mit diesem letzteren Schritt ist ein entscheidender Baustein für die nachhaltige Konsolidierung des chinesischen Industrialisierungsprozesses und eine von auswärtigen Akteuren weitgehend unabhängige Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft im 21. Jahrhundert gelegt worden.

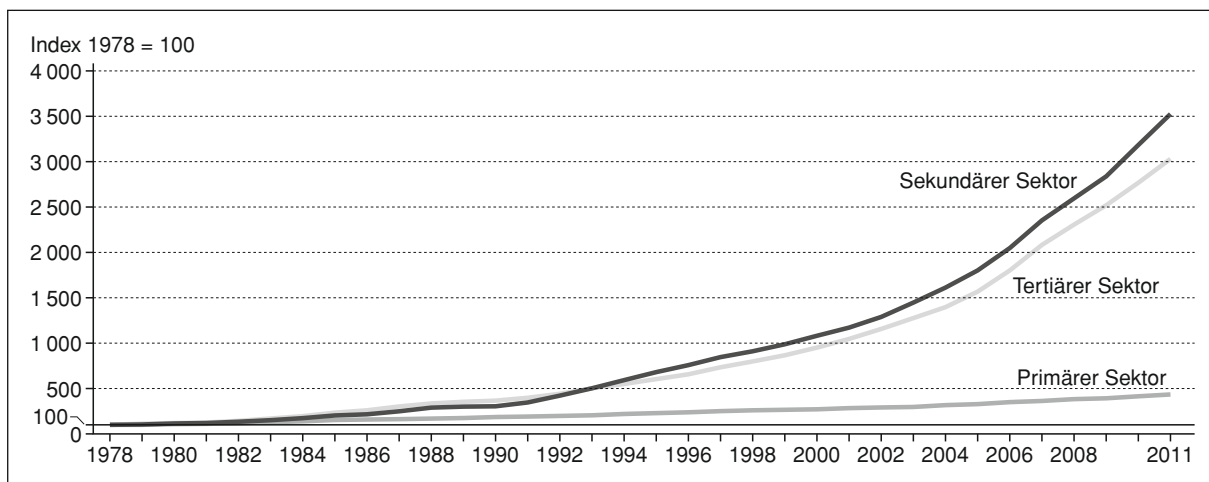
3.4 Produktivitätssteigernde Strukturverschiebungen

Die dritte grundlegende Strukturverschiebung und große treibende Kraft des dynamischen Aufschwungs der chinesischen Volkswirtschaft im post-maoistischen China liegt darin begründet, dass Sektoren mit relativ geringer Produktivität (in erster Linie die Landwirtschaft) an Gewicht verloren und solche mit einer höheren Produktivität (zunächst die Industrie, in jüngerer Zeit vermehrt der Dienstleistungssektor) an Bedeutung gewonnen haben. Wie aus Abb. 4 ersichtlich, haben der sekundäre (Industrie) und der tertiäre (Dienstleistungen) Sektor zwischen 1978 und 2011 eine sieben- bis achtmal so dynamische Outputentfaltung realisiert wie der primäre Sektor. Hierdurch ist es gelungen, große Teile der erwerbstä-

tigen Bevölkerung aus Tätigkeiten mit nur geringer Wertschöpfung in solche mit deutlich höherem ökonomischem Zugewinn zu überführen bzw. neu einzuführen und somit investiv wie konsumtiv nutzbare Überschüsse zu generieren.

Diese Entwicklung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem oben dargestellten ordnungspolitisch-institutionellen Wandel und der Einbindung der Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung. Sie wurde zudem dadurch erleichtert, dass der landwirtschaftliche Sektor zu Beginn der Reformära ein hohes Maß an versteckter Arbeitslosigkeit aufwies und von daher eine Überführung von Arbeitskräften aus dem agrarischen in den industriellen Sektor möglich war, ohne die landwirtschaftliche Produktion zu beeinträchtigen.

Abb. 4: Wachstum des Primären, Sekundären und Tertiären Sektors, 1978–2011:
1978 = 100 (inflationbereinigt, BIP-Konzeptionierung)



Daten: Guojia tongji ju [National Bureau of Statistics]. Eigene Darstellung.

3.5 Aktuelle Herausforderungen fortgesetzter wirtschaftlicher Entwicklung

Nach drei Jahrzehnten außerordentlich dynamischen Wachstums und einer grundlegenden Neu-Aufstellung der chinesischen Volkswirtschaft zeichnen sich derzeit einschneidende Veränderungen endogener wie exogener Parameter ab, die eine lineare Fortsetzung des bisherigen Entwicklungsprozesses unmöglich machen. Dabei sind insbesondere die folgenden Aspekte von Bedeutung:

- i. Die Erträge der Systemtransformation, die in den vergangenen Jahrzehnten durch den Austausch eines wenig leistungsfähigen ökonomischen Ordnungssystems durch einen sehr viel effizienteren Satz von Institutionen realisiert werden konnten, sind weitgehend ausgeschöpft. Die chinesische Volkswirtschaft verfügt heute über einen grundsätzlich marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ordnungsrahmen, der zwar noch optimiert werden kann, jedoch keinen Spielraum mehr für weitreichende Effizienz-Quantensprünge bietet. Der Wachstumsfaktor „Produktivitätsgewinne durch ordnungspolitisch-institutionelle Optimierung“ verliert somit in erheblichem Maße an Bedeutung für das volkswirtschaftliche Wachstum.
- ii. Die Ära des nachholenden Wachstums nähert sich ihrem Abschluss. Mit zunehmender Komplexität der institutionellen Strukturen, Geschäftsmodelle, technologischen Grundlagen und Interaktionsmuster wird die Ausrichtung an exogen vorgegebenen Vorbildern immer schwieriger. Die ‚ausgetretenen Pfade‘, denen Wirtschaftspolitik und Unternehmen bislang folgen konnten, werden immer schwerer zu identifizieren bzw. sind gänzlich verschwunden. Aber nicht nur die Identifikation geeigneter Vorbilder gestaltet sich immer problematischer, auch die Adaptation fremder Modelle an lokale Gegebenheiten verlangt immer größere Anpassungsleistungen. Zudem sind die aus sektoralem Strukturwandel zu erzielenden Produktivitätsgewinne bereits zu einem großen Teil eingefahren und wird der aus dem Solowschen Ersparnis-Investitionen-Abschreibungs-Nexus erwachsende Wachstumsimpuls immer geringer.

- iii. Die „demografische Dividende“ geht verloren. Während in den ersten drei Jahrzehnten der Reformära ein erheblicher Zuwachs der erwerbsfähigen Bevölkerung von ca. 600 Millionen auf ca. eine Milliarde Personen zu verzeichnen war, sinkt der Anteil dieser Altersgruppe (16–65 Jahre) an der Gesamtbevölkerung nun stetig. Auf Jahrzehnte hinaus werden nun Jahr für Jahr mehr Menschen aus dem Erwerbsleben austreten als in dieses hineinwachsen. Hiermit gehen nicht nur die absolute Verfügbarkeit des Produktionsfaktors „Arbeit“ und die (pro Kopf) für investive Zwecke verfügbaren Ersparnisse zurück, sondern wird tendenziell auch das Lohnniveau (insbesondere für unqualifizierte Arbeit) deutlich ansteigen und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit Chinas in diesem Segment geschwächt.
- iv. Der Weltmarkt besitzt nicht die Aufnahmefähigkeit, die Wachstumsraten der chinesischen Exportwirtschaft während des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts weiter mit entsprechender Nachfrage zu alimentieren. Gemäß Kalkulationen des Internationalen Währungsfonds (IWF) würden bei einer Fortschreibung dieser Export-Wachstumsraten innerhalb kürzester Zeit Gütermengen erreicht werden, die nur noch im Rahmen eines über den Preis geführten Verdrängungswettbewerbs auf dem Weltmarkt platziert werden könnten. Dies allerdings wäre für chinesische Exporteure nur durch die Inkaufnahme von kaufmännischen Verlusten möglich und wäre für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kontraproduktiv.¹⁶

„Demografische Dividende“

Eine „demografische Dividende“ im Sinne einer hohen ökonomischen Wachstumsdynamik kann eingefahren werden, wenn Volkswirtschaften über einen hohen (und wachsenden) Bevölkerungsanteil verfügen, der sich im Erwerbsleben befindet, Einkommen generiert und daraus Ersparnisse bildet. Diese Ersparnisse können unmittelbar in die Kapitalbildung und technologische Aufwertung der Volkswirtschaft investiert werden. Bei einem Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung durch einen wachsenden Anteil an jungen oder – wie im Falle Chinas – älteren Menschen sinkt die gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung (und fehlt damit für eine investive Kapitalbildung) und werden mehr Ressourcen für den Unterhalt selbst nicht erwerbstätiger Bevölkerungsgruppen aufgewendet.

Im Falle Chinas hat die durch die Ein-Kind-Politik herbeigeführte Manipulation der natürlichen Bevölkerungspyramide zu einer extremen Ausprägung der dem Konzept der „demografischen Dividende“ zugrundeliegenden Phänomene geführt: mit stark positiven Wachstumswirkungen in den vergangenen drei Jahrzehnten und potenziell ebenso stark wachstumsdämpfenden Impulsen in den kommenden Jahrzehnten.

Die hier dargestellten Veränderungen zeigen unmissverständlich auf, dass der Entwicklungspfad, den China während der vergangenen drei Jahrzehnte so erfolgreich beschritten hat, nicht den Weg in die Zukunft weisen kann. Faktisch deuten die dargestellten Verschiebungen darauf hin, dass China Gefahr läuft, in der sogenannten „*middle income trap*“ stecken zu bleiben – einem in zahlreichen sich entwickelnden Volkswirtschaften (so z. B. Argentinien, Iran, Jordanien, Malaysia, Peru, Thailand) beobachteten Phänomen, demgemäß bis dato sehr dynamische Wachstumsprozesse an einem mit mittleren Einkommen- und Wohlstandsniveaus einhergehenden Entwicklungsstand zum Stillstand kommen und so der Aufstieg in die Reihen der führenden Industrieländer ausbleibt.

Die chinesische Führung scheint dieses Gefahrenpotenzial erkannt zu haben und versucht derzeit, den notwendigen Wandel von Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsmodell anzustoßen. Dies bedeutet, auf der Basis einer nachhaltig funktionsfähigen marktwirtschaftlichen Ordnung die Volkswirtschaft in klar spezifizierten Bereichen in ihrer Entwicklung zu fördern. Dabei sind die grundlegenden Entwicklungslinien im aktuellen Fünf-Jahres-Programm bereits ausdrücklich angelegt.¹⁷

¹⁶ Vgl.: International Monetary Fund: Is China's Export-Oriented Growth Sustainable? IMF Working Paper, WP 09/172, Washington D. C. 2009.

¹⁷ Siehe hierzu insbesondere: World Bank: China 2030. Building a Modern, Harmonious, and Creative High-Income Society. Washington D. C. 2012.

Die „middle income trap“

Die sogenannte „middle income trap“ bezeichnet eine langgezogene Periode der Stagnation, in die Volkswirtschaften hineinlaufen können, nachdem sie eine dynamische Wachstumsphase durchlaufen haben. Diese „Falle“ taucht i. d. R. in einem Entwicklungsstadium auf, in dem mittlere Wohlstandsniveaus erreicht worden sind und die betroffenen Volkswirtschaften nicht mehr in der Lage sind, durch die Verfügbarkeit billiger Arbeitskräfte und die Übernahme von Technologien und Geschäftsmodellen aus dem Ausland signifikant zu wachsen; und *noch nicht* befähigt sind, ihr Wachstum auf einen durch einen starken Mittelstand zu tragenden inländischen Konsum sowie eigenständige Innovationsleistungen und Produktivitätssteigerungen zu basieren. „Gefangene“ Volkswirtschaften befinden sich somit in einem wettbewerbsstrategischen Niemandsland, insofern sie weder mit den aufstrebenden Niedriglohn-Volkswirtschaften der Entwicklungsländer konkurrieren können noch in der Lage sind, mit den innovationsgetriebenen Hochqualifikations-Volkswirtschaften der Industriestaaten in Wettstreit zu treten.

Gemäß Kalkulationen der Weltbank haben in dem 50-Jahres-Zeitraum seit 1960 lediglich 13 von 101 Volkswirtschaften den Sprung aus dieser „Falle“ geschafft.

Eine zentrale Rolle wird konsequenterweise der Stärkung des inländischen Konsums zugesprochen, durch den nicht nur der Wachstumsimpuls aus dem Küstenstreifen in das zentral- und westchinesische Hinterland übertragen werden soll. Verstärkter inländischer Konsum soll auch zur Entstehung einer landesweit vertretenen (urbanen) Mittelklasse beitragen und damit das Phänomen zunehmend divergierender Einkommens- und Wohlstandsniveaus in der chinesischen Bevölkerung lindern. Hierzu werden im Sinne der Förderung einer stabilen und nicht von staatlichen Förderungsprogrammen (wie im Gefolge der Lehman-Krise 2009–2010 insbesondere im ländlichen Raum implementiert) abhängigen Konsumtätigkeit wirtschaftspolitische Impulse an verschiedenen Stellen gesetzt:

- Konsequente Umsetzung von Lohnsteigerungen nach Maßgabe der Produktivitätsentwicklung. Hiermit soll ohne Einbußen bei der lohnkostenbasierten Wettbewerbsfähigkeit Kaufkraft im Massenmarkt aufgebaut werden;
- Umfassende Ausweitung aller Sozialversicherungssysteme (Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Altersversorgung) über alle Bevölkerungsgruppen, inklusive ländlicher Regionen und Wanderarbeiter. Hierdurch soll die Freisetzung von Ersparnissen, die zuvor als Risikorückstellungen fungierten, ermöglicht werden;
- Breit angelegte Urbanisierung. Im Zuge der Konzentration von immer größeren Teilen der Bevölkerung in urbanen Zentren soll die Verfügbarkeit und Nachfrage nach Konsumgütern und konsumnahen Dienstleistungen gefördert werden;
- Bereitstellung von kostengünstigem „sozialem Wohnraum“. Im Rahmen eines groß angelegten staatlichen Infrastrukturprogramms soll bis 2015 sozialer Wohnraum für 20 % aller städtischen Haushalte bereitgestellt werden (bislang 7%). Hiermit soll Kaufkraft freigesetzt werden, die bislang aufgrund eines der (z. T. auch spekulativ motivierten) explodierenden Nachfrage nicht nachkommenden Angebots an Wohnraum in vielen metropolitanen Zentren durch extrem hohe Mieten gebunden und nicht disponibel war.

In ihrer Gesamtheit sollen diese Maßnahmen und Entwicklungstrends in den nächsten Jahren einen grundlegenden Wandel in den chinesischen Konsumgütermärkten bewirken. Während bislang eine bipolare Struktur zu beobachten war, die von relativ geringvolumigem Luxuskonsum einerseits und massenorientiertem Billigkonsum andererseits geprägt war, soll sich in den nächsten Jahren ein breiter Mittelstandskonsum etablieren, der von hunderten von Millionen kaufkräftigen Stadtbewohnern getragen wird und zunehmend in den ländlichen Raum hineinreicht.¹⁸

18 Siehe hierzu: Credit Suisse: China Consumer Survey 2011. The rising ‘Middle Kingdom’. Hongkong 2011.

Eine zweite grundlegende strategische Neuausrichtung, die seitens der Wirtschaftspolitik mit großem Nachdruck betrieben wird, betrifft die Stärkung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten der chinesischen Volkswirtschaft. Innerhalb weniger Jahre soll sich die chinesische Volkswirtschaft von ihrem Image eines globalen Re-Engineering- und Kopier-Zentrums lösen und starke eigene Innovationskapazitäten besitzen, die in die Erlangung proprietärer ‚chinesischer‘ Schlüsseltechnologien und Patente einmünden sollen. Zu diesem Zweck ist bereits Mitte des vergangenen Jahrzehnts mit dem *Medium to Long-term Program on Technological and Scientific Development* ein durchaus schlagkräftiges Rahmenprogramm eingerichtet worden, das dazu beitragen soll, den Beitrag des technologischen Fortschritts zum Wirtschaftswachstum auf bis zu 60 % hinaufzuführen und gleichzeitig die Abhängigkeit von ausländischen Technologieimporten auf unter 30 % zu senken. Bis zum Jahr 2020 soll China außerdem in Hinblick auf die Anzahl der in chinesischer Hand befindlichen Patentrechte und die Zahl der internationalen Veröffentlichungen zu den fünf führenden Nationen gehören.¹⁹ Diese Ziele erscheinen überambitioniert, zeigen aber an, dass die Herausforderungen eines Wachstums jenseits der Ära des ‚Nachholens‘ sehr ernst genommen werden.

4 Sechs Jahrzehnte wirtschaftlicher Entwicklung und ordnungspolitischen Wandels in der VR China

Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas seit Ausrufung der Volksrepublik kann nach Maßgabe der anliegenden ordnungspolitisch-institutionellen Leitbilder wie auch der zu beobachtenden Entwicklungsdynamiken in zwei große Epochen eingeteilt werden, wobei eine dritte Epoche sich derzeit abzeichnet:

- I Während der maoistischen Ära (1949–1978) wurde grundsätzlich ein zentralverwaltungswirtschaftliches Ordnungskonzept verfolgt, das aber durch politisch-ideologisch motivierte Kampagnen immer wieder destabilisiert und abgeändert wurde. Während dieser Periode waren extreme Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität zu verzeichnen, wobei über den Gesamtzeitraum hinweg nur moderate Wachstums- und Entwicklungserfolge realisiert werden konnten.
- II Die Reform- und Transformationsära (1978–Gegenwart) war über lange Zeiträume hinweg durch die Parallelexistenz zentralverwaltungswirtschaftlicher und marktwirtschaftlicher Ordnungselemente geprägt, wobei letztere allerdings im Laufe der Zeit immer dominanter geworden sind. Gegenwärtig weist China eine grundsätzlich funktionsfähige marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung auf. Während dieser Periode hat die chinesische Volkswirtschaft einen sehr dynamischen Wachstums- und Entwicklungsprozess durchlaufen, der mit zunehmendem Gewicht der marktwirtschaftlichen Ordnungselemente deutlich an Volatilität eingebüßt hat und stabiler geworden ist.
- III Aktuell befindet sich die chinesische Volkswirtschaft an einem Scheidepunkt, der durch das „Herauswachsen“ aus dem während der vergangenen drei Jahrzehnte so erfolgreich von Wirtschaftspolitik und Unternehmertum gestalteten „nachholenden“ Entwicklungsparadigma hervorgerufen worden ist. Wenn es nicht gelingen sollte, die grundlegenden Strukturen der Volkswirtschaft zu ändern und mit dem Binnenkonsum und eigenständiger Innovationsleistung neue Wachstumspfade zu erschließen, droht eine langfristige Phase der Stagnation auf mittlerem Wohlstandsniveau. Im Erfolgsfall steht der Weg frei für den mittelfristigen Aufstieg Chinas zu den die Weltwirtschaft dominierenden Industrienationen.

In der Rückschau bietet die ökonomische Entwicklung der VR China während der zurückliegenden gut sechs Jahrzehnte ausgezeichnetes Anschauungsmaterial für die zentrale Bedeutung ideologischer Leitbilder für die Entfaltung wirtschaftlicher Potenziale. Während in der maoistischen Ära die ökonomische Entwicklung zumeist der Verfolgung ideologisch motivierter „klassenkämpferischer“ Zielsetzungen untergeordnet blieb, erlangte die Umsetzung wirtschaftlicher Wachstums- und Entwicklungsziele in der Reform- und Transformationsperiode das politische Primat. Hiermit ist es seit Ende der 1970er Jahre gelungen, nachhaltig leistungsfähige sozio-ökonomische Strukturen aufzubauen. Die schrittweise

¹⁹ Vgl.: ifo Institut für Wirtschaftsforschung und THINK!DESK China Research & Consulting: Industrienahe Forschungs- und Technologiepolitik der chinesischen Regierung. Gutachten im Auftrag des BMWi, München 2007.

Einrichtung eines marktwirtschaftlichen Ordnungszusammenhangs war auf dieser Grundlage die Voraussetzung dafür, dass sich die chinesische Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung einklinken und von deren Spezialisierungsvorteilen wie auch produktivitätssteigernden Impulsen profitieren konnte. Letztlich sind hiermit die Voraussetzungen für die Umsetzung eines umfassenden Prozesses nachholenden Wachstums geschaffen worden, welcher bis in die Gegenwart hinein mit großer Konsequenz beschritten worden ist.

Nach dem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts ist die VR China nun auf einem Entwicklungsniveau angelangt, das eine Neu-Orientierung der Volkswirtschaft verlangt. Ob diese erfolgreich verlaufen wird, steht offen. Nicht zur Debatte steht jedoch mittlerweile die grundsätzlich marktwirtschaftliche Ordnung der chinesischen Wirtschaft.

Weiterführende Literatur

Asian Development Bank: Growing beyond the Low-Cost Advantage. How the People's Republic of China can Avoid the Middle-Income Trap. ADB, Manila 2012.

Herrmann-Pillath, Carsten: Institutioneller Wandel, Macht und Inflation in China. Ordnungstheoretische Analysen zur Politischen Ökonomie eines Transformationsprozesses. Schriftenreihe des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Bd. 21, Baden-Baden 1991.

Kraus, Willy: Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Wandel in der Volksrepublik China. Berlin/Heidelberg/New York 1979.

Lau, Lawrence; Qian Yingyi and Roland, Gerard: Reform Without Losers: An Interpretation of China's Dual Track Approach to Transition. In: *Journal of Political Economy*, Vol. 108 (2000): 120–163.

Naughton, Barry: The Chinese Economy: Transitions and Growth. MIT Press, Cambridge 2006.

Nee, Victor and Opper, Sonja: Capitalism from Below. Markets and Institutional Change in China. Cambridge, MA/London 2012.

OECD: OECD Economic Surveys: China 2013. Paris 2013.

Taube, Markus: Ökonomische Entwicklung in der Volksrepublik China: Nachholendes Wachstum im Zeichen der Globalisierung. In: Maull, Hanns W. und Wagener, Martin (Hg.): Ostasien in der Globalisierung. Baden-Baden 2009: 111–130.

Taube, Markus und Schramm, Matthias: Institutioneller Wandel als unternehmerische Aufgabe: Der Fall ‚China‘. In: Pascha, Werner und Storz, Cornelia (Hg.): Wirkung und Wandel von Institutionen: Das Beispiel Ostasien. Schriften zu Ordnungsfragen der Wirtschaft, Band 77, Stuttgart 2005: 163–190.

World Bank: China 2030. Building a Modern, Harmonious, and Creative High-Income Society. Washington D. C. 2012.

DUISBURGER ARBEITSPAPIERE OSTASIENWISSENSCHAFTEN
 DUISBURG WORKING PAPERS ON EAST ASIAN STUDIES

Seit Juli 1995 publiziert das Institut für Ostasienwissenschaften eine eigene Reihe von Arbeitspapieren. Sie werden in begrenzter Zahl kostenlos abgegeben und sind zudem über Internet abrufbar.

Since July, 1995, the Institute of East Asian Studies publishes its own series of working papers which are available free of charge and can be called up on the Internet.

Bestelladresse / *procurement address*:

Institut für Ostasienwissenschaften
 Universität Duisburg-Essen
 Campus Duisburg, Forsthausweg
 47057 Duisburg

E-Mail: in-east@uni-due.de

Internet download: <http://www.in-east.de/> → Publications → Green Series

- No. 69 / 2006 Christian Göbel:
 The Peasant's Rescue from the Cadre? An Institutional Analysis of China's Rural Tax and Fee Reform
- No. 70 / 2006 Werner Pascha, Cornelia Storz (Hg.):
 Workshop Institutionen in der Entwicklung Ostasiens I – Offenheit und Geschlossenheit asiatischer Wirtschaftssysteme
- No. 71 / 2006 Norifumi Kawai:
 Spatial Determinants of Japanese Manufacturing Firms in the Czech Republic
- No. 72 / 2007 Werner Pascha, Cornelia Storz, Markus Taube (eds.):
 Workshop Series on the Role of Institutions in East Asian Development – Institutional Foundations of Innovation and Competitiveness in East Asia
- No. 73 / 2007 Norifumi Kawai, Manja Jonas:
 Ownership Strategies in Post-Financial Crisis South-East Asia: The Case of Japanese Firms
- No. 74 / 2008 Markus Taube:
 Ökonomische Entwicklung in der VR China – Nachholendes Wachstum
- No. 75 / 2008 Thomas Heberer:
 Task Force: Entwicklungspolitik in China: Herausforderungen, Lösungsstrategien und deutsch-chinesische Entwicklungszusammenarbeit
- No. 76 / 2008 YU Keping:
 China's Governance Reform from 1978 to 2008
- No. 77 / 2008 Werner Pascha, Uwe Holtschneider (Hg.):
 Task Force: Corporate Social Responsibility in Japan und Österreich
- No. 78 / 2008 Werner Pascha, Cornelia Storz:
 How are Markets Created? The Case of Japan's Silver Market

-
- No. 79 / 2009 Thomas Heberer, Anja-D. Senz (Hg.):
Task Force: Entwicklungspolitik und -strategien in Ostasien am Beispiel der chinesischen Umweltpolitik
- No. 80 / 2009 Chan-Mi Strüber:
Germany's Role in the Foreign Direct Investment Configuration of Korean Multinational Enterprises in Europe
- No. 81 / 2009 Flemming Christiansen, Heather Xiaoquan Zhang:
The Political Economy of Rural Development in China: Reflections on Current Rural Policy
- No. 82 / 2010 Thomas Heberer, Anja-D. Senz (Hg.):
Chinas Rolle in den internationalen Beziehungen – globale Herausforderungen und die chinesische Außenpolitik
- No. 83 / 2010 Sven Horak:
Aspects of Inner-Korean Relations Examined from a German Viewpoint
- No. 84 / 2010 Marcus Conlé, Markus Taube:
Anatomy of Cluster Development in China: The case of health biotech clusters
- No. 85 / 2010 Heather Xiaoquan Zhang:
Migration, Risk and Livelihoods: A Chinese Case
- No. 86 / 2010 Anja Senz, Dieter Reinhardt (eds.):
Green Governance – One Solution for Two Problems? Climate Change and Economic Shocks: Risk Perceptions and Coping Strategies in China, India and Bangladesh
- No. 87 / 2010 Marcus Conlé:
Health Biotechnology in China: National, Regional, and Sectoral Dimensions
- No. 88 / 2011 Peter Thomas in der Heiden:
Chinese Sectoral Industrial Policy Shaping International Trade and Investment Patterns – Evidence from the Iron and Steel Industry
- No. 89 / 2011 Susanne Löhr, René Trappel (Hg.):
Task Force: Nahrungsmittel in China – Food Security- und Food Safety-Problematik in China
- No. 90 / 2012 Thomas Heberer:
Some Reflections on the Current Situation in China
- No. 91 / 2013 Jann Christoph von der Pütten, Christian Göbel (Hg.)
Task Force: Gewerkschaften, Arbeitsmarktregulierung und Migration in China
- No. 92 / 2013 Sven Horak:
Cross-Cultural Experimental Economics and Indigenous Management Research – Issues and Contributions
- No. 93 / 2013 Thomas Heberer, Anja Senz (Hg.):
Task Force: Wie lässt sich die Zusammenarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen mit China und den NRW-Partnerprovinzen vertiefen?
- No. 94 / 2013 Heather Xiaoquan Zhang, Nicholas Loubere:
Rural Finance, Development and Livelihoods in China
- No. 95 / 2013 Yasuo Saeki, Sven Horak:
The Role of Trust in Cultivating Relation-specific Skills – the Case of a Multinational Automotive Supplier in Japan and Germany
- No. 96 / 2014 Markus Taube:
Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung und ihre ordnungspolitischen Leitbilder in der VR China seit 1949

